

Volksabstimmung

Tiere, Tabak, Stempelsteuer und Medien: Darum geht's am 13. Februar und da stehen die Parteien

Die Stimmbürgerschaft entscheidet diesmal über vier Vorlagen. Lesen Sie hier, welche Vorlage von allen im Grossen Rat vertretenen Parteien abgelehnt wird, und wo je vier dafür und vier dagegen sind. Und wie stehts diesmal um die Stimmbeteiligung?

07.02.2022, Mathias Küng

Am 13. Februar wird national über vier Vorlagen abgestimmt, kantonale Vorlagen sind nicht abstimmungsreif. Es geht um diese vier Themen:

Initiative gegen Tier- und Menschenversuche

Vorlage 1: Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein Verbot von Tierversuchen. Mit Hilfe von Tierversuchen entwickelte Produkte dürfte man nicht mehr importieren. Die Initianten sagen, Tier- und Menschenversuche seien unentschuldig, die Forschung könne ihre Erkenntnisse auch mit leidfreien Ansätzen erreichen. Die Gegner sagen, so könnte man von vielen neuen medizinischen Therapien nicht mehr profitieren. Forschung und Entwicklung würden sehr stark eingeschränkt.

Ja-Parole: keine Ja-Parolen von Kantonalparteien im Aargau.

Nein-Parole: SVP, SP, FDP, Die Mitte, Grüne, GLP, EVP, EDU, sowie Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK).

Initiative zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Tabakwerbung

Vorlage 2: Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» will Tabakwerbung überall dort verbieten, wo Kinder und Jugendliche sie sehen können, zum Beispiel in der Presse, auf Plakaten, im Internet, im Kino, in Kiosken oder an Veranstaltungen. Für elektronische Zigaretten würden die gleichen Regeln gelten. Erlaubt wäre weiterhin Werbung, die sich nur an Erwachsene richtet oder sich an Orten befindet, zu denen Minderjährige keinen Zugang haben. Befürworter und Gegner wollen Jugendschutz. Die Befürworter betonen, nur die Initiative gewähre wirksamen Jugendschutz. Die Gegner setzen stattdessen auf einen weniger weit gehenden Gegenvorschlag.

Ja-Parole: SP, Grüne, GLP, EVP, EDU.

Nein-Parole: SVP, FDP, Die Mitte, AIHK, Aargauischer Gewerbeverband (AGV).

Vorlage zur Abschaffung der Stempelabgabe

Vorlage 3: Bundesrat und Parlament wollen die Emissionsabgabe abschaffen. Unternehmen sollen neues Eigenkapital aufnehmen können, ohne darauf Steuern bezahlen zu müssen. Aus der Abschaffung der Abgabe entstünden dem Bund Mindereinnahmen von etwa 250 Millionen Franken pro Jahr. Die Befürworter sagen, die Abschaffung sei positiv für die Standortattraktivität der Schweiz und bringe Wachstum. Die Gegner sagen, davon profitieren grösstenteils international tätige Grosskonzerne, Banken und Versicherungen, Bürgerinnen und Bürger hätten nichts davon.

Ja-Parole: SVP, FDP, Die Mitte, GLP, EDU, AIHK, AGV.

Nein-Parole: SP, Grüne, EVP, Arbeit Aargau.

Medienpaket

Vorlage 4: Um lokale und regionale Medien zu stärken, vergünstigt der Bund seit langem die Zustellung von abonnierten Zeitungen. Diese Vergünstigung soll jetzt auf Zeitungen mit grösserer Auflage und auf die Zustellung früh am Morgen ausgedehnt werden. Zudem sollen Online-Medien gefördert, und Lokalradios und das Regionalfernsehen können finanziell stärker unterstützt werden. Bedingung ist, dass sie sich vorwiegend an ein schweizerisches Publikum richten und Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft behandeln. Bei Zeitungen und Online-Medien fallen die Fördermassnahmen nach sieben Jahren weg. Die Befürworter argumentieren, nur so werde auch künftig über alle Regionen berichtet. Das sei wichtig für die Bevölkerung und die direkte Demokratie. Die Gegner sagen, damit verschleudere man Steuergelder, von der reiche Verlage profitierten, Medien würden so zu Staatsmedien.

Ja-Parole: SP, Die Mitte, Grüne, EVP, Arbeit Aargau.

Nein-Parole: SVP, FDP, GLP, EDU, AIHK, AGV.

Stimmbeteiligung bisher eher tief

Eine knappe Woche vor Abstimmungstermin ist die Stimmbeteiligung für die vier Vorlagen tief. So verzeichnet etwa die Stadt Aarau am Montag eine Beteiligung von lediglich 29 Prozent. Bei den Abstimmungen im vergangenen November, als unter anderem über das Covid-Gesetz entschieden wurde, lag die Beteiligung eine Woche zuvor ganze zehn Prozentpunkte höher. Bei den drei Terminen vorher war die Beteiligung jeweils rund fünf Prozentpunkte höher.

In anderen Aargauer Städten bewegt sich die Stimmbeteiligung bis jetzt im langjährigen Durchschnitt. Dazu gehört beispielsweise Rheinfelden mit einer Stimmbeteiligung von 25 Prozent, oder Bremgarten mit 29 Prozent. In Brugg haben bereits 24 Prozent abgestimmt, in Lenzburg 25 und in Zofingen 22 Prozent. Die Stadt Baden gibt vor dem Abstimmungstag keine Auskunft zur Stimmbeteiligung.

Es ist deshalb absehbar, dass sich die aussergewöhnlich hohe Stimmbeteiligung der Abstimmungen von letztem November nicht wiederholen wird. Bis am Dienstag sollten Stimmcouverts, die mit der Post geschickt werden, versendet sein. Danach können Stimmcouverts in die Gemeindebriefkästen oder direkt in die Urne eingelegt werden.

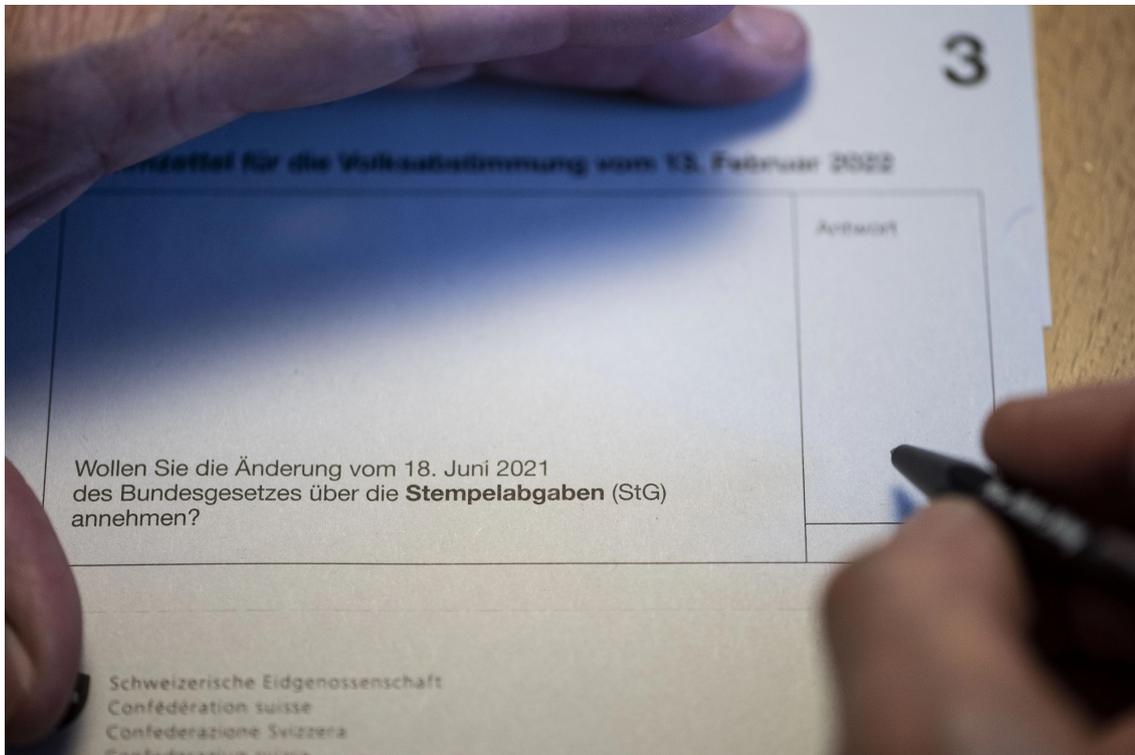


Tierversuche verbieten? Das will eine Initiative. Gaetan Bally/Key
Gaetan Bally/Key



Keine Tabakwerbung mehr, die Kinder und Jugendliche sehen können? Das will eine Initiative. Ennio Leanza/Key

Ennio Leanza/Key



Stempelsteuer abschaffen oder nicht? Christian Beutler/Key Christian Beutler/Key

